

Kommunaler Klimaschutz

Alltagsroutinen klimafreundlicher gestalten

Das alltägliche Verhalten hat einen zentralen Einfluss auf die individuelle Klimabilanz. Bisher wird allerdings die Bedeutung dieser Alltagsroutinen im Klimaschutz nur wenig beachtet. Wie kann kommunale Klimapolitik dazu beitragen, klimabelastende Alltagspraktiken zu verändern?

Von Immanuel Stieß und Frieder Rubik

1 Einleitung

In Deutschland werden im Durchschnitt etwa elf Tonnen CO₂-Äquivalente (Stand 2010) pro Person emittiert, davon verursachen private Haushalte direkt oder indirekt mehr als die Hälfte. Besonders klimabelastend sind die Bedürfnisfelder Wohnen und Energienutzung im Haushalt (25%), Ernährung (14%) sowie Mobilität (23%) (Schächtele/Hertle 2007). Alltägliche Verhaltensweisen, wie die Nutzung elektrischer Geräte oder das Ernährungsverhalten, haben einen erheblichen Einfluss auf die individuelle Klimabilanz. Bisher wird die Bedeutung alltäglicher Verhaltensweisen in der Debatte um den Klimaschutz nur wenig beachtet. In diesem Beitrag sollen daher die Voraussetzungen und Perspektiven einer Veränderung von Alltagspraktiken hin zu CO₂-armen Lebensstilen näher untersucht und mit Blick auf eine Weiterentwicklung der kommunalen Klimapolitik diskutiert werden.

1.1 Alltagsroutinen im Fokus

Im Zentrum unseres Beitrags steht die Veränderung von alltäglichen Verhaltensweisen, wie das Heiz- und Lüftungsverhalten, die Nutzung elektrischer Geräte oder Kaufentscheidungen für Lebensmittel. Viele dieser Verhaltensweisen sind durch Routinen und nicht durch rationale Entscheidungen bestimmt und können daher als Alltagsroutinen bezeichnet werden (Stieß/Hayn 2006). Alltagsroutinen sind durch häufige Wiederholung und gewohnheitsmäßige Ausführung gekennzeichnet und werden kaum durch bewusste Steuerung beeinflusst. Im Unterschied zu reflektierten Handlungen werden Alltagsroutinen daher nur selten infrage gestellt. Durch die Habitualisierung alltäglich wiederkehrender Handlungen entlasten Alltagsroutinen von Suchprozessen und vom Zwang, sich ständig aufs Neue entscheiden zu müssen, und tragen so dazu bei, die Komplexität des Alltags zu reduzieren (Stieß et al. 2015).

Eine Veränderung von Alltagspraktiken könnte auch die individuellen Treibhausgas-Emissionen erheblich verringern, wie die folgenden Beispiele zeigen (Öko-Institut 2010):

- etwa 260 Kilogramm CO_{2e} durch die Umstellung auf einen traditionell-mediterranen Ernährungsstil mit einem hohen Anteil an Obst, Gemüse und Hülsenfrüchten und einem verringerten Anteil an tierischen Lebensmitteln;
- etwa 250 Kilogramm CO_{2e} durch den ausschließlichen Kauf von Biolebensmitteln;
- etwa 500 Kilogramm CO_{2e} durch den Wechsel zu Ökostrom (bei einem Verbrauch von 1.000 Kilowattstunden pro Jahr und Person);
- etwa 220 Kilogramm CO_{2e} durch die Verlagerung von Pkw-Fahrten auf Radfahren und Zufußgehen (1.000 Kilometer pro Jahr).
- Auch auf den Stromverbrauch und die damit verbundenen Treibhausgas-Emissionen hat das Nutzungsverhalten einen großen Einfluss: So kann ein durchschnittlicher Zweipersonenhaushalt seinen Stromverbrauch allein durch die bewusstere Nutzung von elektrischen Geräten von 3.000 Kilowattstunden pro Jahr auf etwa 1.800 Kilowattstunden pro Jahr senken (Bürger 2009).

Die Veränderung von Alltagsroutinen wird durch eine Reihe von Faktoren erschwert. Da Routinen habitualisiert ausgeübt werden, sind sie für die Handelnden kognitiv nur schwer zugänglich. Sie entziehen sich der Reflexion und werden nur wenig hinterfragt. Die Vermittlung von Informationen hat daher kaum Erfolg, wenn es darum geht, weniger klimabelastende Lebensmittel einzukaufen oder elektrische Geräte nach der Nutzung regelmäßig auszuschalten. Ähnliches gilt für finanzielle Anreize. Da die Einsparungen, die durch Verhaltensänderungen erzielt werden können, eher gering sind, sind solche Anreize in der Regel nur für diejenigen interessant, die mit einem geringen Budget auskommen müssen. Die Veränderung klimabelastender Alltagsroutinen erfordert also neue Wege, um eingefahrene Routinen bewusst zu machen und weniger klimabelastende Verhaltensweisen einzuüben. Ein verhaltensbezogener Zugang durch innovative Methoden ist gerade auf lokaler Ebene gefragt und mit neuen Aufgaben für die kommunale Klimaschutzpolitik verbunden.

2 Empirische Grundlagen

Unsere Überlegungen beruhen auf Erkenntnissen aus dem vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderten Vorhaben „KlimaAlltag“. In diesem wurden die Vorausset-

zungen und Perspektiven einer Transformation des Alltagshandelns zu CO₂-armen Lebensstilen untersucht. Der Fokus lag dabei auf den Alltagsroutinen und gering investiven Entscheidungen in den Bedürfnisfeldern Wohnen und Energie-nutzung, Mobilität sowie Ernährung. Die empirische Untersuchung erfolgte am Beispiel der beiden Städte Frankfurt am Main und München.

Das Forschungsprojekt verfolgte einen transdisziplinären Ansatz, wobei es auf einem handlungstheoretischen Grundverständnis basierte und sich an der sozial-ökologischen Lebensstilforschung orientierte. Das empirische Forschungsdesign umfasste einen sechsmonatigen Feldversuch zur verhaltensorientierten Klimaberatung mit 78 Haushalten. Am Beispiel der Städte Frankfurt und München wurde untersucht, mit welchen Angeboten und Instrumenten die Kommunen klimafreundliche Lebensstile wirksam und sozial gerecht unterstützen können. In beiden Städten wurden je 1.000 Personen in einer standardisierten Erhebung befragt. Grundgesamtheit der Untersuchung im Herbst 2012 war jeweils die volljährige Bevölkerung der beiden Untersuchungsstädte.

Neben der Bevölkerungsbefragung wurden zur Analyse einzelner klimapolitischer Instrumente Fokusgruppen durchgeführt. Um einen umfassenden Überblick über Aktivitäten und Maßnahmen in Frankfurt und München zu erzielen, wurden insgesamt 76 Experten aus Stadtverwaltungen und kommunalen Eigenbetrieben sowie Vertreter gesellschaftlicher Anspruchsgruppen und Wissenschaftler(innen) in Experteninterviews befragt.

3 Das Klimaschutz-Engagement im Alltag

3.1 Feldversuch zur Erprobung einer verhaltensbezogenen Klimaberatung

In dem von der Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen durchgeführten Feldversuch wurde der Ansatz einer aktivierenden Klimaberatung erprobt und vom ISOE wissenschaftlich begleitet (Waskow/Pannenbecker 2013; Birzle-Harder et al. 2013). Während des sechsmonatigen Feldversuchs im Jahre

	Junge	Mittleres Alter		Ältere
		ohne Kinder	mit Kindern	
Gehobene soziale Lage	8	9	10	6
Mittlere soziale Lage	4	5	5	5
Untere soziale Lage	7	2	3	2
Transferleistungsempfänger	1	3	5	3

Tabelle 1: Sozialstruktur des KlimaAlltag-Feldversuchs

Handlungsfelder	Klimaschutzmaßnahmen			
Ernährung	Weniger tierische Lebensmittel	Regionale, saisonale und Biolebensmittel	Leitungswasser statt Mineral-/Tafelwasser	Weniger Lebensmittel wegwerfen
Mobilität	Mobilität im Alltag	Mobilität im Urlaub	Mobilität in der Freizeit	
Energienutzung	Energiesparen: Wohnzimmer, Bad und Keller	Energiesparen: Küche und Beleuchtung	Energiesparen: Heizen und Lüften	

Tabelle 2: Klimaschutzmaßnahmen für die Haushalte (Waskow/Pannenbecker 2013, eigene Darstellung)

2011 wurden die teilnehmenden Haushalte aus der Stadt Köln zu Themen aus den Bereichen Wohnen/Energie, Ernährung und Mobilität vor Ort beraten.

Um ein mögliches breites Spektrum der Bevölkerung einzubeziehen, wurden die Teilnehmenden nach den Kriterien soziale Lage, Lebensphase, Haushaltsstruktur und Migrationshintergrund ausgewählt. Zudem wurde darauf geachtet, dass neben Angehörigen von umweltorientierten Milieus auch Personen berücksichtigt wurden, die sich zuvor nur wenig mit dem Thema Nachhaltigkeit und Klimaschutz befasst hatten. Die Auswahl der sogenannten Klimahaushalte erfolgte nach einem vorab festgelegten Quotenplan. Tabelle 1 zeigt die soziale Situation der 78 Klimahaushalte, die von den anfangs 90 Haushalten an dem Feldversuch bis zu dessen Ende teilnahmen.

Während des Feldversuchs wurden die Klimahaushalte von geschulten Klimaberater(inne)n der Verbraucherzentrale betreut. Die Berater(innen) besuchten die Haushalte mehrmals zu ausführlichen Beratungsgesprächen in ihrer Wohnung und standen ihnen während des gesamten Feldversuchs beratend zur Seite. Durch gezielte Fragestellungen, Beobachtung, Gespräche sowie individuelle Hilfestellungen konnten in einem iterativen und dialogischen Prozess Hemmnisse, Routinen, Gewohnheiten und Treiber für klimagerechtes Verhalten der betreffenden Haushalte identifiziert werden. Für alle Haushalte war, unabhängig von Bildungsstand oder sozialer Lage, eine einheitliche, niederschwellige Beratungspraxis vorgesehen, bei der versucht wurde, das individuelle Vorwissen der Teilnehmenden zu berücksichtigen. Insgesamt standen zehn Klimaschutzmaßnahmen, die sich auf die Veränderung alltäglicher Verhaltensweisen bezogen, zur Auswahl (siehe Tabelle 2).

Während des Beratungsgesprächs wählten die Klimahaushalte jeweils zwei Klimaschutzmaßnahmen aus, die bis zum nächsten Beratungstermin beziehungsweise bis zum Ende des Feldversuchs erprobt wurden. Jeder Haushalt musste mindestens eine Maßnahme in jedem der drei Handlungsfelder durchführen.

3.2 Ergebnisse des Feldversuchs

Die Teilnehmenden konnten durch die intensive Auseinandersetzung mit den eigenen Routinen ein Bewusstsein für ihre alltäglichen Verhaltensweisen entwickeln und Klimaschutzmaßnahmen individuell erproben, wobei sie ein regelmäßiges Feedback durch die Berater(innen) erhielten. Dadurch konnten sie sich der Möglichkeiten und Grenzen von Verhaltensänderungen bewusst werden. Insgesamt wurde mit der Klimaberatung vor Ort also ein dialogischer Lern- und Erfahrungsraum

für die Veränderung von Alltagsroutinen geschaffen. Die Klimaberaterin setzte, vermutlich auch längerfristig, starke motivationale Umsetzungsanreize. Diese sind jedoch im Alltag mit einer bisweilen mühsamen Überwindung tief sitzender Gewohnheiten verbunden. Die Teilnehmenden ließen sich, zumindest während des Feldversuchs, auf weitgehende Veränderungen ein. Es gelang ihnen, eine Vielfalt kleiner und größerer Klimaschutzmaßnahmen umzusetzen. Die Klimaberater(innen) agierten als Lotsen in diesem Lernprozess. Die Klimahaushalte konnten so eigene Erfahrungen mit der Veränderung von Alltagsroutinen sammeln und einen direkten Bezug zur eigenen Lebens- und Haushaltssituation herstellen.

In den drei Handlungsfeldern Energienutzung, Mobilität und Ernährung sind deutliche Unterschiede in Bezug auf das Wissen über die Klimawirkungen sowie die Bereitschaft und die Umsetzung klimafreundlichen Handelns zu erkennen:

- Das Thema Ernährung war für viele Haushalte attraktiv, spannend und für die meisten neu. Die Bereitschaft zur Veränderung der Lebensführung war besonders hoch.
- Wie sparsam mit Energie umgegangen werden kann, war vielen Teilnehmer(inne)n bekannt. Allerdings hat die Aktivierung des vorhandenen Wissens durch den Feldversuch bei vielen den Ausschlag gegeben, dieses Wissen auch in die Tat umzusetzen. Defizite gab es vor allem bei der Routinisierung energiesparender Verhaltensweisen.
- Das eigene Mobilitätsverhalten wurde von vielen Haushalten hinterfragt, aber der Stellenwert des Themas hängt stark vom Autobesitz ab. Diejenigen, die kein Auto besitzen, sahen für sich geringen Handlungsbedarf und fühlten sich vom Thema Mobilität nur wenig angesprochen.

Insgesamt zeigt sich, dass Verhaltensänderungen infolge der Klimaberatungen von unterschiedlichen Faktoren abhängig sind. Zu nennen sind hier insbesondere die grundsätzliche Affinität zu Umweltthemen und der Stellenwert, der dem Klimaschutz beigemessen wird, aber auch Fragen des Lebensstils und die momentane Lebensphase sowie sozialstrukturelle und soziodemografische Faktoren wie soziale Lage oder Migrationshintergrund.

3.3 Klimaschutz und soziale Lage

Im Feldversuch wurde deutlich, dass klimafreundliches Verhalten nicht auf bestimmte Einkommensgruppen beschränkt ist. Allerdings unterscheiden sich die Handlungsschwerpunkte, in denen Klimaschutz praktiziert wird, je nach sozialer Lage teilweise erheblich.

Bereits vor dem Feldversuch setzten Teilnehmende mit geringem Einkommen im Bereich Energie vor allem Maßnahmen zum Energiesparen um, wie das Abschalten von Stand-by oder von schaltbaren Steckerleisten. Dies geschieht nicht zuletzt aus finanziellen Gründen. Andere Energiesparmaßnahmen, wie das Stoßlüften im Winter, sind weniger bekannt. Besonders klimafreundlich handeln Geringverdienende im Bereich Mobilität. Der ÖPNV wird überdurchschnittlich häufig genutzt, da sich nur wenige Haushalte einen eigenen Pkw leis-

ten können. Viele müssen auf Urlaubsreisen und -flüge verzichten, was die eigene Klimabilanz zusätzlich entlastet.

Besonders ausgeprägt ist die Unsicherheit über klimafreundliche Handlungsweisen im Bereich Ernährung. Personen mit geringem Einkommen sind weniger gut über die Auswirkung ihres Ernährungsverhaltens auf das Klima informiert und haben weniger Kenntnisse darüber, wie sie in diesem Bereich klimafreundlich handeln können. Vielen ist nicht bewusst, dass sie durch den Kauf saisonaler und regionaler Lebensmittel das Klima und ihr Budget entlasten können. Biolebensmittel gelten vielen als zu teuer und der Nutzen erscheint fraglich. Durch die Klimaberaterin konnten diese Vorbehalte zumindest teilweise abgebaut und die Teilnehmenden ermutigt werden, verstärkt saisonale und regionale Produkte und Biolebensmittel zu kaufen.

Alles in allem handeln Personen mit geringem Einkommen in vielen Bereichen bereits relativ klimafreundlich, allerdings weisen sie andere Handlungsmuster auf als Haushalte der Mittel- oder Oberschicht. Aufgrund ihrer angespannten finanziellen Situation haben sich viele Geringverdienende ein alltagspraktisches Expertenwissen darüber angeeignet, wie sie Energie und andere Ressourcen möglichst sparsam nutzen können. Trotz der insgesamt hohen Bekanntheit von Energiesparmaßnahmen sind dabei längst noch nicht alle Effizienzpotenziale ausgeschöpft, wie das Beispiel Heizen und Lüften zeigt. Auch im Bedürfnisfeld Ernährung bestehen Veränderungspotenziale, die durch eine zielgruppenspezifische Beratung erschlossen werden können.

3.4 Folgerungen für eine aktivierende Klimaschutzpolitik

Aus den Ergebnissen des Feldversuchs können wichtige Folgerungen für die Gestaltung von klimapolitischen Instrumenten abgeleitet werden.

- Der Feldversuch hat bestätigt, dass Klimaschutz als singuläres Motiv nur wenig verhaltenswirksam ist, da klimafreundliches Verhalten häufig auf Motivallianzen basiert. Verhaltensbezogene Klimapolitik erfordert daher einen integrativen Ansatz.
- Um Alltagsroutinen zu verändern braucht es mehr als die Vermittlung von Informationen, notwendigem Hintergrundwissen und Tipps zu klimafreundlichen Handlungsweisen. Wichtig sind konkrete Anlässe, um Verbraucher(innen) zu motivieren, sich mit ihrem konkreten alltäglichen Verhalten und Nutzergewohnheiten auseinanderzusetzen und klimafreundliche Alternativen zu erproben. Ein zeitnahe Feedback zu den Erfahrungen, Problemen und Erfolgen bei der Umsetzung kann das Einüben klimafreundlicher Alternativen unterstützen.
- Dialogische Angebote, wie die Klimaberaterin, schaffen Rückkopplungsmöglichkeiten und vermitteln Verbraucher(inne)n das Gefühl, mit der Umsetzung nicht allein zu sein. Im Falle eines Misserfolgs geben sie Rückhalt und liefern zusätzliche Hilfen, Hinweise und Tipps für die weitere Erprobung der Klimaschutzmaßnahmen.

- Vorbilder und soziale Rollenmodelle können die Veränderung von Routinen zusätzlich unterstützen. Sie erzeugen Aufmerksamkeit, sind glaubwürdig und können so insbesondere bei Gruppen, die eher unsicher über den Nutzen von verhaltensbezogenen Klimaschutzmaßnahmen sind, bestehende Vorbehalte abbauen.

4 Lokale Governance-Formen und Alltagsroutinen

Alltagsroutinen sind keine sozialen Konstrukte, sondern Ausdruck vielfältiger Einflüsse auf Personen in privaten Haushalten. Kommunen sind verantwortlich für die Daseinsvorsorge und stellen den zuallererst wahrnehmbaren Bezugspunkt zu staatlichem Handeln dar. In einem Mehrebenensystem, wie dem der Bundesrepublik Deutschland, bilden Städte und Gemeinden eine wichtige Handlungs-, Vermittlungs- und Aktivierungsebene, um Alltagspraktiken zu beeinflussen. Die anderen föderativen Ebenen, Bund und Länder, sind demgegenüber zunächst einmal vergleichsweise fern. Der „gestaltende Staat setzt aktiv Prioritäten für Nachhaltigkeit“ (WBGU 2011) und gerade auf kommunaler Ebene können hier Aktivierungen für Nachhaltigkeit erfolgen. Kommunen werden dabei jedoch nicht in einem hierarchischen Sinne, sondern partizipativ und behutsam agieren. Das Erfahrungswissen und die Gestaltungskompetenz aktiver Bürger und Stakeholder können durch deren Beteiligung genutzt werden. Sie sind aber auch als Übersetzer zwischen Bürger und Verwaltung einzuschalten. In diesem Sinne können Maßnahmen auf kommunaler Ebene aus der Dichotomie zwischen Government und Selbstorganisation ausbrechen und lernende, behutsame und angepasste Lösungen unterstützen. Dies bedeutet aber auch den Abschied von One-size-fits-all-Instrumenten und den mühsamen Unterfangen, Instrumente zielgruppenspezifisch auszurichten, ihre Wirksamkeit und Effizienz ex ante empirisch auszutesten sowie regelmäßig einer Evaluation zu unterziehen (Hübner/Müller 2012; Renn/Reisch 2012).

Kommunen haben bereits eine Vielzahl von Maßnahmen ergriffen und Strategien einer aktiven Klimapolitik erarbeitet, beispielsweise im Programm „Masterplan 100% Klimaschutz“ des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit. Kommunen wie Frankfurt und München haben durch ihre Aktivitäten viele Impulse gesetzt, die private Haushalte adressieren (Rubik/Kress 2014). Deren Maßnahmen können das Entscheidungs- und Nutzungsverhalten der Privathaushalte beeinflussen und in Richtung einer Verminderung des CO₂-Ausstoßes lenken; sie können mit positiven Nebeneffekten verbunden sein, wie etwa Kosteneinsparungen, Abbau sozialer Ungerechtigkeiten oder Verbesserungen der Lebensqualität. Dabei kommt ein breites Set zum Einsatz, das sich sowohl auf konkrete Hilfen bei mittel- und langfristigen Entscheidungen im privaten Haushalt bezieht (wie beim Hausneubau oder bei Dämm- und Sanierungsentscheidungen), als auch die Alltagsroutinen zu beeinflussen sucht, etwa bei der

Wahl eines Verkehrsmittels oder bei Energienutzungsgewohnheiten.

Aus unseren empirischen Analysen der Aktivitäten in Frankfurt und in München lassen sich auf zwei unterschiedlichen Ebenen Hinweise verdichten, wie Maßnahmen zur Beeinflussung von Alltagsroutinen in einen strategischen Ansatz gebracht werden sollten.

4.1 Berücksichtigung zentraler Einflussfaktoren

Institutionelle Arrangements: Kommunale klima- und energiepolitische Ziele können die Ernsthaftigkeit der Verwaltung bei diesem Thema signalisieren und gegenüber den Bürgern klare Signale setzen. Verwaltung intern wird den beteiligten Ämtern damit eine deutliche Rückendeckung gegeben. Derartige Zielsetzungen sind zumeist strategischer Natur, hingegen fehlen häufig Ziele zur Messung des Erfolgs operativer Maßnahmen. Klimaschutz liegt quer zur Logik der eingeführten Amtsstrukturen, die Arbeits-, Aufgabengebiete und Gestaltungskompetenzen streng differenzieren und verorten. Die Zusammenarbeit zwischen verschiedenen kommunalen Ämtern ist deswegen entscheidend, um Klimaschutzaspekte innerhalb der Verwaltungsabläufe integrativ einzubinden und diesen dadurch mehr Bedeutung zu geben.

Interaktion: Städtische Klimapolitik ist Querschnittspolitik und erfordert das Zusammenspiel von unterschiedlichen Politikfeldern wie etwa Umwelt, Energie, Verkehr, Städtebau und Stadtplanung, Soziales und Wirtschaft. Deswegen sind sowohl Maßnahmen, die sich erkennbar direkt auf den Klimaschutz beziehen, als auch Maßnahmen, die zwar andere Ziele verfolgen, aber eine indirekte Klimarelevanz besitzen können (wie z. B. Beratung einkommensschwacher Haushalte), zu berücksichtigen, um alle Potenziale in Richtung Klimaschutz zu nutzen.

Kooperation und Partizipation: Die auf städtischer Ebene quasi Bottom-up durchgeführten Maßnahmen und Aktivitäten können sich an den Bewohner(inne)n orientieren und besitzen damit eine enge Tuchfühlung an deren Bedürfnissen. Dabei kommt insbesondere der Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Akteuren eine besondere Bedeutung zu. Daneben gibt es weitere Gruppen mit einer beträchtlichen Reichweite und Akzeptanz, wie etwa Weltanschauungsvereine, Sozialverbände, Traditions-, Hobby- und Sportvereine sowie Einzelpersonen. Ihre Einbeziehung könnte der Politik ein genaueres Bild von den Problemlagen vor Ort geben. Um dies zu gewährleisten, könnte eine Orientierung an den Phasen des Politikzyklus erfolgen, also beim Agenda Setting, der Problemwahrnehmung, der Politikformulierung, der Politikimplementierung, dem Monitoring und der Politikreformulierung (Jann/Wegrich 2003). Diese Zusammenarbeit kann die Akzeptanz, Treffsicherheit und Qualität der Maßnahmen verbessern sowie auch Lern- und Anpassungsschleifen unterstützen.

Ressourcen: Die Bereitstellung ausreichender finanzieller und personeller Ressourcen ist angesichts der Krise der öffentlichen Finanzen in allen Kommunen ein Thema. Eine angemessene Ausstattung der kommunalen Klimapolitik ist jedoch

unabdingbar, um klimapolitische Maßnahmen zu entwickeln und umzusetzen. Es genügt nicht, nur auf die Ressourcen zu achten, sondern es gilt auch, deren Qualität zu entfalten: Städtischen Mitarbeitern fällt dabei eine zentrale Rolle zu. Diese können ihre Rollen sehr unterschiedlich wahrnehmen: Es geht darum, sich Ideen zu eigen zu machen, innerhalb der Verwaltung voranzutreiben und eine geschickte Bündnispolitik zu betreiben. Eine besondere Bedeutung erhalten damit städtische Verwaltungsmitarbeiter als Change Agents des Wandels und Treiber von Innovationen.

Zielgruppenorientierung: Eine eindeutige Zielgruppenorientierung kann die Reichweite klimapolitischer Maßnahmen erhöhen. Neben nachhaltigkeitsorientierten Milieus sollten dabei auch gezielt Verbrauchergruppen angesprochen werden, die über geringere Ressourcen und Kompetenzen verfügen und weniger gute Zugänge zu Informationen besitzen als Personen aus gehobenen Mittelschichtmilieus. Zu dieser Gruppe der sogenannten verletzlichen Verbraucher gehören beispielsweise Bezieher von Sozialleistungen, Angehörige bildungsferner Schichten, ältere Menschen, Kinder und Jugendliche sowie Migrantinnen und Migranten (Micklitz et al. 2010).

Kontextualisierung: Um verschiedene Zielgruppen zu erreichen, sollten klimapolitische Maßnahmen an den unterschiedlichen Lebenswirklichkeiten, Bedürfnissen und Motivallianzen der einzelnen Lebensstile und sozialen Milieus ansetzen. Die Mobilisierung von Motivallianzen stellt dabei einen wichtigen Ansatz dar. Aber auch private Umbruchsituationen öffnen Gestaltungsfenster. Dazu gehören Umzüge, Bildungsabschlüsse, Erreichen von Altersgrenzen wie Volljährigkeit und Verrentung oder auch biografische Einschnitte wie Geburten, Heirat und Todesfälle. Sie alle machen die Tür zu neuen Lebenswelten eine Zeit lang auf und können auch für den Klimaschutz genutzt werden. Gerade bei nachhaltigkeitsfernen Zielgruppen wie Geringverdienenden oder Migrant(inn)en sind zudem milieuspezifische Multiplikatoren unverzichtbar, um überhaupt einen Zugang herzustellen (Hunecke et al. 2015).

4.2 Ausgewogene handlungsorientierte Perspektive

Eine handlungsorientierte Perspektive für kommunale Maßnahmen leitet sich aus dem sogenannten 4E-Modell (SDC/NCC 2006) ab, das einen konzeptionellen Rahmen darstellt, welcher eine Hilfestellung beim Treffen nachhaltiger Entscheidungen bieten soll. Es zeigt Zusammenhänge zwischen Ansätzen, die Veränderungen in Werten, Grundsätzen und Kontexten hervorrufen, und solchen, die auf Verhaltensänderungen abzielen, auf; dabei hebt es auf eine ausgewogene Balance von verschiedenen instrumentellen Ansatzpunkten ab:

- „Enable“ (befähigen und ermöglichen) bezieht sich auf Instrumente, die Individuen zu nachhaltigeren Verhaltensweisen befähigen und zur Schaffung geeigneter Handlungsstrukturen beitragen.
- „Encourage“ (Anreize schaffen) umfasst alle Instrumente, die monetäre bzw. nichtmonetäre Anreize für nachhaltiges Verhalten schaffen.

- „Engage“ (engagieren und mobilisieren) fokussiert Instrumente und Maßnahmen, die das individuelle und kollektive Engagement für Nachhaltigkeit fördern und somit zu einer Mobilisierung von Individuen beitragen.
- „Exemplify“ (mit gutem Beispiel vorangehen) hebt darauf ab, dass bestimmte Aktivitäten von einzelnen Akteuren andere Akteure dazu anhalten können, ähnliche Maßnahmen zu ergreifen.

Kommunale Maßnahmen sollten eine ausgewogene Balance aus verschiedenen Maßnahmen herstellen, die die unterschiedlichen Elemente dieses Modells ansprechen und aktivieren. Hierdurch kann ein deutlicher Impuls zur Änderung von Alltagsroutinen gesetzt werden.

4.3 Folgerungen für einen Maßnahmen-Mix

Aufbauend auf diesen allgemeinen Erkenntnissen zur Ansprache der Alltagsroutinen privater Haushalte lassen sich eine Reihe von Hinweisen zusammenstellen, um klimaverträgliches Verhalten und Handeln privater Haushalte zu unterstützen und einen Beitrag zur Erreichung der Klimaziele zu leisten.

In der Vorbereitung klimapolitischer Maßnahmen ist es wichtig, Ziele zu setzen, um den Maßnahmen eine Richtung zu geben. Die Zivilgesellschaft ist in den Prozess der Ziel- und Maßnahmenarbeit einzubeziehen, um damit eine breitflächige Verankerung zu erreichen und gemeinsame Ansatzpunkte festzulegen, wie Klimaschutz im Alltagshandeln und bei Konsumententscheidungen erleichtert werden kann. Aus einer holistischen Perspektive ist es wichtig, das Ensemble der Einflussmöglichkeiten zu berücksichtigen und auch die Ansatzpunkte zu beachten, an denen Bürger(innen) abgeholt werden können: am Arbeitsplatz, am Ausbildungsplatz, bei Events wie etwa Sportveranstaltungen oder auch am Wohnort. Für jeden dieser Ansatzpunkte sind aufeinander abgestimmte Strategien notwendig. Die Strategien verlangen insbesondere eine Kooperation – einen integrierten gemeinsamen Zugang – innerhalb einer Verwaltung, wie etwa Querschnittsarbeitsgruppen.

Die Auswahl und Ausgestaltung klimapolitischer Aktivitäten kann von verschiedenen kommunalen Blickwinkeln aus erfolgen. Ein besonderes Augenmerk sollte der Mobilisierung von Motivallianzen gelten. Private Umbruchsituationen eröffnen Spielräume, um neue, klimangepasste Verhaltensweisen zu entwickeln. Genau in dieses Zeitfenster zielen verschiedene Aktivitäten ab, die auf den Wohnortwechsel und neu herauszubildende Muster Einfluss nehmen wollen. Der klassische Ansatz ist dabei der Wohnortwechsel, aber auch andere Umbruchsituationen, wie Umzug innerhalb derselben Stadt, Bildungsabschluss, familiäre Veränderungen, Pkw-Abmeldung oder Führerscheinwerb werden in dieser Hinsicht noch nicht ausreichend genutzt. Hier könnte angesetzt werden, um explorativ neue Spielräume zu erschließen, indem das Konzept eines dialogischen Marketings auf andere Zielgruppen und andere Kontexte übertragen wird. Auch Vorzeigeprojekte können zum Stadtgespräch werden und damit symbolhaft auf die Klimaschutzmaßnahmen hinweisen.

Die Umsetzung klimapolitischer Aktivitäten sollte ein besonderes Augenmerk auf die begleitende Kommunikation und Streuung der Informationen legen. Dazu gehört auch die Glaubwürdigkeit der Verwaltung selbst, die etwa den Energieverbrauch kommunaler Liegenschaften kontinuierlich verringert. Dadurch können die Bürger mitgenommen werden und gleichzeitig auch städtische Mitarbeiter klimagerechtes Verhalten lernen und in ihre Privatsphäre übertragen.

Kommunikation sollte neben bewährten Kanälen der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit auch neue Wege nutzen, um die Bürger anzusprechen. Dazu können Multiplikatoren beitragen, die aufgrund ihrer Position oder ihrer Fähigkeiten durch Informations- und Meinungsübermittlung in sozialen Netzwerken oder durch Gespräche die Verbreitung bestimmter Wertvorstellungen, Meinungen, Kenntnisse und Verhaltensmöglichkeiten in der öffentlichen Meinung nachhaltig fördern könnten. Darüber hinaus können aber auch Personen als Vorbilder dienen, die aufgrund ihrer Aktivitäten beispielhaft für positive Erfahrungen im Rahmen eines klimagerechten Verhaltens stehen. Beide Ansätze sind zentral, um Aktivitäten und Maßnahmen in der Bevölkerung zu verankern und städtische Politiken zu erden. Zur Streuung der Informationen sollte auch eine gezielte Zusammenarbeit mit Mittlern beziehungsweise Vermittlern erfolgen, die eine wichtige Position bei einem Entscheidungsfindungsprozess einnehmen und aufgrund ihrer Fähigkeiten oder Position die Möglichkeit haben, den Werdegang eines Prozesses zu beeinflussen. Deren Funktion im Sinne einer Vermittlung zu und Ansprache von privaten Haushalten ist wichtig und sollte beibehalten werden. Neben diesen sollten Kommunen Gruppen wie Architekten, Wohnungsmakler, Banker, Handelsunternehmer und andere Dienstleister einbeziehen und über deren Aktivierung und Vermittlung einen besseren Zugang zu den privaten Haushalten erreichen.

Die Einbeziehung von interessierten Bürgern entlang des gesamten Policyzyklus stellt ein wichtiges Erfolgskriterium auf verschiedenen Ebenen dar. Zum einen schafft ernst gemeinte und ergebnisoffene Bürgerbeteiligung in der Planung wie auch Durchführung von Politiken und Maßnahmen Akzeptanz – womit auch ein Resonanz- und Reflexionsraum für die Maßnahmengestaltung erhalten wird. Zum anderen ermöglicht diese Resonanz und Mitwirkungsmöglichkeit eine Erweiterung der Wissensbasis (insbesondere um Erfahrungswissen der direkt betroffenen Bevölkerungsgruppen), welche wiederum die Basis für eine bürger- und zielgruppennahe Gestaltung der Maßnahmen darstellt. Dabei ist es besonders wichtig, jene Bevölkerungsgruppen einzubeziehen, die auch als Zielgruppe der Maßnahmen adressiert werden – im Idealfall sogar bis zur eigentlichen Implementierung der Maßnahmen. Beteiligung sollte bereits bei der Zielfindungsphase mitgedacht werden und sowohl durch die Verwendung geeigneter Beteiligungsverfahren (Alcantara et al. 2014, BUND 2014), eine wechselseitige Kommunikation und Konsultation als auch Mitwirkung an der Entscheidungsfindung beinhalten.

5 Fazit

Die klimafreundliche Gestaltung von Alltagsroutinen besitzt ein erhebliches Potenzial zur Reduktion von Treibhausgasen. Die Förderung klimafreundlicher Verhaltensweisen kann daher einen wichtigen Beitrag zum kommunalen Klimaschutz leisten. Der Feldversuch hat gezeigt, dass die Bereitschaft, im Alltag klimafreundlicher zu handeln, nicht nur in den postmateriellen Milieus der gehobenen Mittelschicht besteht, sondern auch in anderen Schichten und Milieus anzutreffen ist. Deutlich wird aber auch, dass dies mit erheblichen Herausforderungen an die kommunale Klimaschutzpolitik verbunden ist. Eine Veränderung von Alltagsroutinen erfordert partizipative und aktivierende Verfahren, die eingespielte Verhaltensweisen bewusst machen und zum Erproben von klimafreundlicheren Verhaltensalternativen anregen. Dies ist mit dem etablierten Instrumentarium der kommunalen Klimapolitik, das überwiegend auf die Vermittlung von Informationen und auf symbolische und materielle Anreize setzt, nur sehr eingeschränkt möglich. Benötigt werden neue niederschwellige Angebote, die an die Alltagsbedingungen und Bedürfnisse unterschiedlicher sozialer Schichten und soziokultureller Milieus angepasst sind. Zielgruppenbezogene Angebote einer aufsuchenden, verhaltensbezogenen Klimaberatung können einen wichtigen Beitrag leisten, da sie das individuelle Engagement fördern („engage“) und auch zur Aktivierung des eigenen sozialen Umfelds motivieren. Durch das Einbinden milieuspezifischer Multiplikatoren und Schlüsselpersonen als Vorbilder („exemplify“) können Zugänge zu nachhaltigkeitsfernen Milieus geschaffen werden, um kommunalen Klimaschutz breiter in der Gesellschaft zu verankern. Nötig sind dazu nicht zuletzt neue Formen der Kooperation von Kommunen, etablierten Akteuren der Umwelt-, Klima- oder Verbraucherberatung und zivilgesellschaftlichen Initiativen. Hinweise, wie diese Kooperationen möglich sind, wurden im Transferprojekt IndUK – Individuelles Handeln und Klimaschutz erarbeitet (Hunecke et al. 2015). Gelingt diese Neuorientierung, so kann kommunale Klimaschutzpolitik dazu beitragen, die Kompetenz für einen verantwortungsvollen Konsum auch in gesellschaftlichen Gruppen zu stärken, die in der Nachhaltigkeits- und Verbraucherkommunikation bislang nur schwer oder gar nicht erreicht werden, und so eine Brücke zwischen dem Leitbild des verantwortungsvollen Verbrauchers (Micklitz et al. 2010) und der Gruppe der verletzlichen Verbraucher(innen) schlagen.

Literatur

- Alcantara, S./Kuhn, R./Renn, O./Bach, N./Böhm, B./Dienel, H.-L./Ullrich, P./Schröder, C./Walk, H. (2014): DELIKAT – Fachdialoge Deliberative Demokratie: Analyse Partizipativer Verfahren für den Transformationsprozess. Dessau.
- Birzle-Harder, B./Dehmel, C./Marg, O./Stieß, I. (2013): Ansatzpunkte, Handlungsspielräume und Barrieren für CO₂-arme Alltagspraktiken und Lebensstile – Ergebnisse des „KlimaHaushalte“-Feldversuchs. Frankfurt am Main, ISOE.

- BUND, Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (2014): 1x1 der Bürgerbeteiligung vor Ort. Berlin.
- Bürger, V. (2009): Identifikation, Quantifizierung und Systematisierung technischer und verhaltensbedingter Stromeinsparpotenziale privater Haushalte. TRANSCOPE Working Paper No3. Freiburg.
- Hübner, G./Müller, M. (2012): Erneuerbare Energien und Ökostrom – Zielgruppenspezifische Kommunikationsstrategien. Abschlussbericht zum BMU Verbundprojekt.
- Hunecke, M./Kunkis, M./Nies, M./Schietinger, E./Stieß, I./Waskow, F. (2015): Leitfaden für die zielgruppenspezifische Aktivierung von MigrantInnen und Geringverdienenden zum individuellen Umwelthandeln und Klimaschutz. Dortmund/Frankfurt am Main (im Erscheinen).
- Jann, W./Wegrich, K. (2003): Phasenmodelle und Politikprozesse: Der Policy Cycle. In: Schubert, K./Bandelow, N. C. (Hrsg.): Lehrbuch der Politikfeldanalyse. München/Wien, Oldenbourg Wissenschaftsverlag, S. 71–105.
- Micklitz, H.-W./Oehler, A./Piorkowsky, M.-B./Reisch, L. A./Strünck, C. (2010): Der vertrauende, der verletzte oder der verantwortungsvolle Verbraucher? Plädoyer für eine differenzierte Strategie in der Verbraucherpolitik. Stellungnahme des Wissenschaftlichen Beirats Verbraucher- und Ernährungspolitik beim BMELV.
- Öko-Institut (2010): CO₂-Einsparpotenziale für Verbraucher. Studie im Auftrag des vzbv im Rahmen des vom BMU geförderten Projekts „Starke Verbraucher für ein gutes Klima“.
- Renn, O./Reisch, L. A. (2012): Baden-Württemberg auf dem Weg zu einer Verbraucherenergiepolitik. Empfehlungen der Verbraucherkommission Baden-Württemberg für eine verbraucherfreundliche Energiewende. Stuttgart: Verbraucherkommission BW.
- Rubik, F./Kress, M. (2014): Abschätzung der Wirkungen ausgewählter klimapolitischer Maßnahmen der Städte Frankfurt/Main und München. Heidelberg.
- Schächtele, K./Hertle, H. (2007): Die CO₂-Bilanz des Bürgers – Recherche für ein internetbasiertes Tool zur Erstellung persönlicher CO₂-Bilanzen. Forschungsprojekt im Auftrag des Umweltbundesamtes. Heidelberg.
- SDC, Sustainable Development Commission/NCC, National Consumer Council (2006): I will if you will. Towards sustainable consumption. London.
- Stieß, I./Hayn, D. (2006): Alltag. In: Becker, E./Jahn, T. (Hrsg.): Soziale Ökologie. Grundzüge einer Wissenschaft von den gesellschaftlichen Naturverhältnissen. Frankfurt am Main/New York, Campus Verlag, S. 211–223.
- Stieß, I./Dehmel, C./Marg, O./Sunderer, G. (2015): Ansatzpunkte und Barrieren für CO₂-arme Alltagspraktiken und Lebensstile – Ergebnisse einer repräsentativen Erhebung in Frankfurt am Main und München. Frankfurt am Main, ISOE (im Erscheinen).
- Waskow, F./Pannenbecker, S. (2013): Empfehlungen für eine verhaltensorientierte Klimaberatung. Arbeitspapier. Düsseldorf.
- WBGU, Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (2011): Welt im Wandel. Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation. Berlin.

AUTOREN + KONTAKT

Dr. Immanuel Stieß ist langjähriger wissenschaftlicher Mitarbeiter am ISOE – Institut für sozial-ökologische Forschung gGmbH und leitet den Forschungsschwerpunkt „Energie und Klimaschutz im Alltag“.

E-Mail: stiess@isoe.de

Dr. Frieder Rubik ist Leiter des Forschungsfelds „Ökologische Produktpolitik“ im Büro Heidelberg des Instituts für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW) gGmbH.

E-Mail: frieder.rubik@ioew.de



OSCAR

Entdecken Sie unsere Potenziale -
wir entdecken Ihre!



www.oscar.de

OSCAR bietet Ihnen als von Studenten und Jungabsolventen geführte Unternehmensberatung keine vorgefertigten Lösungsmodelle oder Standardkonzepte. Jeder OSCAR Berater arbeitet kreativ und innovativ und ist bereit, Außergewöhnliches zu leisten.